

Presse- Mitteilung

Industriegewerkschaft
Bauen-Agrar-Umwelt
Bundesvorstand

Pressestelle

Olof-Palme-Str. 19
60439 Frankfurt a. Main

Tel.: 069 - 95 73 7 - 135
E-Mail: presse@igbau.de
www.igbau.de

3. Februar 2021

KfW förderte klimagerechte Baumaßnahmen mit 27 Milliarden Euro

Umweltfaktor Gebäude: Vermieter sollen stärker für Klimakosten aufkommen

Mit Blick auf neueste Zahlen der KfW-Bank, nach denen im vergangenen Jahr deutlich mehr Klimaschutzmaßnahmen im Gebäudesektor gefördert wurden, spricht sich die Industriegewerkschaft Bauen-Agrar-Umwelt (IG BAU) für eine gerechtere Kostenaufteilung zwischen Vermietern, Mietern und Staat aus. „Es ist gut, dass der klimagerechte Neu- und Umbau von Gebäuden im vergangenen Jahr mit einer Rekordsumme gefördert wurde. Klimaschutz darf aber nicht gegen Mieterschutz ausgespielt werden. Wer sich als Vermieter die Sanierung des Dachs oder den Einbau neuer Fenster vom Staat bezuschussen lässt, muss zwar den Fördervorteil von der Umlage abziehen. Es kann aber nicht sein, dass mehrere Generationen von Mietern die Mieterhöhung zahlen müssen“, so IG BAU-Chef Robert Feiger.

Der Kampf gegen den Klimawandel sei eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe. Mieterinnen und Mieter hätten in den letzten Jahren teils exorbitante Mieterhöhungen hinnehmen müssen. Die Corona-Pandemie verschärfe ihre Lage zusätzlich – etwa durch Einkommenseinbußen in der Kurzarbeit –, während die Mieten auch 2020 weiter angezogen seien.

Die IG BAU plädiert dafür, die Modernisierungsumlage zu befristen und von aktuell acht Prozent deutlich abzusenken. „Eine Deckelung der Umlage bei vier Prozent würde viele Haushalte, die einen Großteil ihres Einkommens für die Miete ausgeben, spürbar entlasten. Das wäre auch für Vermieter tragbar. Schließlich werten Investitionen in den Klimaschutz eine Wohnung für Jahrzehnte auf“, so Feiger. Der Gewerkschafter spricht sich zudem dafür aus, dass der in diesem Jahr eingeführte CO₂-Preis beim Heizen mit Öl oder Gas von den Eigentümern getragen wird. Es sei nicht fair, die Mehrkosten beim Klimaschutz einseitig der Mieterseite aufzubürden, so Feiger mit Blick auf entsprechende Forderungen der Union. Mieter hätten keinen Einfluss darauf, ob sie in unsanierten Gebäuden mit veralteten Heizungen wohnten.

Nach Angaben der staatlichen Kreditanstalt für Wiederaufbau (KfW) flossen im vergangenen Jahr Fördermittel in Höhe von knapp 27 Milliarden Euro für die Energiewende im Gebäudesektor. Die Bank bezuschusste den energieeffizienten Neubau und Sanierungsmaßnahmen bei bundesweit 687.000 Wohnungen. Im Vorjahr waren lediglich 426.000 Wohnungen mit elf Milliarden Euro gefördert worden. Feiger: „Die Zahlen zeigen, dass die Energiewende im Gebäudebereich endlich Fahrt aufnimmt. Jetzt geht es darum, den Klimaschutz fair und sozial zu organisieren.“